

Interview
13.04.2022, 6.50 Uhr

Peter Tschentscher (SPD), Erster Bürgermeister in Hamburg, im Gespräch mit Sandra Schulz

Sandra Schulz: Mehrere hunderttausend Geflüchtete aus der Ukraine sind inzwischen in Deutschland registriert. Die tatsächlichen Zahlen werden aber deutlich höher geschätzt. Deren Versorgung ist Aufgabe der Länder und deren Hilferuf hat die Bund-Länder-Beratungen der vergangenen Woche geprägt, die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Olaf Scholz. Die Einigung aus der späten Nacht in der vergangenen Woche sah eine deutliche finanzielle Unterstützung vor und die Weichenstellung, dass die Menschen Anspruch auf Grundsicherung haben, also Leistungen vom Bund bekommen. Viele konkrete Probleme sind damit aber noch nicht gelöst und darüber konnte ich vor der Sendung mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg sprechen, mit dem SPD-Politiker Peter Tschentscher. - Ich grüße Sie.

Peter Tschentscher: Guten Tag!

Schulz: Knapp 20.000 Menschen wurden in Hamburg ja registriert. Rund 3000 von denen sind weitergeleitet worden, weitergereist in andere Bundesländer. Was denken Sie, wie viele sind da?

Tschentscher: Das lässt sich sehr schwer sagen, weil ja nicht alle registriert worden sind. Die Menschen aus der Ukraine müssen sich nicht sofort registrieren lassen; sie können auch privat unterkommen. Wenn sie aber öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen wollen, eine Unterkunft oder eine Krankenversicherung in Anspruch nehmen wollen, dann müssen sie sich registrieren lassen. Wir haben mindestens diese 18.000 registrierten Personen bei uns, aber wahrscheinlich noch einige mehr.

Schulz: Gibt es dazu eine Schätzung?

Tschentscher: Ja, aber die Schätzungen sind nur unsicher. Sie sind eben geschätzt, weil wir nicht beurteilen können, wie das individuelle Verhalten wirklich ist. Viele Menschen kommen ja sehr gerne in die attraktiven großen Städte. Deswegen gibt es immer wieder auch die Erfahrung, dass diejenigen, die ursprünglich mal für ein anderes Bundesland oder eine andere Stadt vorgesehen sind, dann trotzdem dorthin reisen, wo sie vielleicht Menschen kennen. Wir haben rund 4000 Ukrainerinnen und Ukrainer, die ohnehin schon vor dem Krieg bei uns gelebt haben, und deswegen lässt sich das wirklich nur grob schätzen. Wir gehen davon aus, dass wir über die Zahl der registrierten Personen hinaus noch viele andere Personen bei uns haben.

Schulz: Jetzt sind viele Menschen in provisorischen Unterkünften, zum Beispiel in dem früheren Sofitel, das Sie angemietet haben. Was ist die weitere Perspektive?

Tschentscher: Dass wir diese sogenannten Interims-Unterbringungen so lange aufrechterhalten, wie wir damit rechnen müssen, dass wir sie brauchen. Und dass wir vielleicht sogar noch mehr Unterbringungskapazitäten benötigen, denn noch ist der Krieg in der Ukraine ja nicht beendet. Wir hoffen und tun alles dafür, dass diese Kampfhandlungen zu einem baldigen Abschluss kommen, aber derzeit wissen wir nicht, was weiter passiert. Es sind ja insgesamt zwar schon viele Menschen auf der Flucht, aber es sind noch sehr viele Menschen dort, die, wenn die Kriegshandlungen dort noch schärfer werden, möglicherweise auch das Land verlassen müssen. Insofern haben wir eine Perspektive, auch die Platzzahl auszuweiten. Derzeit fahren wir auf Sicht und sagen, alle Möglichkeiten zum Platzaufbau werden auch genutzt, weil wir uns vorbereiten wollen für eine Situation, die möglicherweise eintritt.

Schulz: Sie sprechen die große Unsicherheit an, dass im Moment keiner sagen kann, wie lange dieser Krieg dauern wird. Dass keiner sagen kann, wie lange diese Menschen bleiben werden - ob es

jetzt darum geht, ihnen vorläufig eine Obhut zu geben, oder sie wirklich auch zu integrieren. Wie gehen Sie damit um?

Tschentscher: Indem wir alles unterstützen, was dazu führt, dass die Menschen, die herkommen, Beschäftigung und Arbeit aufnehmen können. Denn Arbeit und Beschäftigung ist die beste Art der Integration. Das gelingt auch, weil viele ja gut qualifiziert sind und wir jetzt zum Beispiel nur klären müssen, ob die Qualifikation anerkannt werden kann. Auch dazu gibt es ja einen Beschluss auf der Ministerpräsidentenkonferenz, dass wir das in den nicht reglementierten Berufen sehr einfach aufgrund von Selbsteinschätzungen vornehmen können. So wird die Zeit dann zeigen, inwieweit die Menschen wirklich länger bei uns bleiben, vielleicht auch, weil sie hier dann gut integriert sind. Oder, was derzeit häufig der Fall ist, ob sie so schnell wie möglich wieder zurück wollen, denn sie haben ja oft noch Familie und Angehörige in der Ukraine. Und deswegen ist es auch sehr verständlich, dass sie erst einmal nur für kurze Zeit sich hier in Deutschland wohnen und dann so bald wie möglich wieder zurück möchten.

Schulz: Ich würde trotzdem gerne noch mal ganz kurz beim Thema Wohnen bleiben. Wohnraum ist natürlich auch in Hamburg wie auch in den anderen größeren Städten Mangelware. Was ist jetzt mit den Menschen, die ohnehin - ohne die Geflüchteten - nach Deutschland, nach Hamburg gekommen sind und auf eine Sozialwohnung hoffen?

Tschentscher: Wir bauen ja insgesamt jedes Jahr 10.000 neue Wohnungen in Hamburg. Das ist ein Programm, das wir seit 2011 Jahr für Jahr erreicht haben. Deswegen bauen wir diese Wohnungen erstens für alle die, die ohnehin in Hamburg leben wollen und hier Wohnungen suchen. Aber wir haben es auch nutzen können, dass bei den Wanderungsbewegungen diejenigen, die aus ernststen Asylgründen nach Deutschland kommen, nach Hamburg kommen, dann eine Chance haben, aus einer öffentlichen Unterbringung auch in privaten Wohnraum unterzukommen. Deswegen ist das Wohnungsbauprogramm etwas, was allen zugutekommt: denjenigen, die schon immer hier gelebt haben, aber auch denjenigen, die neu zu uns kommen. Und dieses Programm setzen wir fort. Es gab Stimmen, die in den letzten Jahren gesagt haben, brauchen wir denn so viel neuen Wohnraum- und unsere Antwort in Hamburg lautet eindeutig ja. Wir brauchen weiteren Wohnungsbau, damit die Mieten nicht immer weiter steigen und damit wir allen eine Möglichkeit geben, eine gute Wohnung zu finden. Das gilt für diejenigen, die schon immer hier gelebt haben, und auch für die, die jetzt aus diesen ja schlimmen Gründen nach Deutschland und nach Hamburg kommen.

Schulz: Sie schildern das jetzt so, als würde das alles ganz reibungslos laufen. Dabei gibt es auch aus Hamburg die Schilderungen von Menschen, die verzweifelt sind auf der Suche nach Wohnungen. Was sagen Sie denen?

Tschentscher: Ich beschreibe zunächst einmal, dass wir unser Wohnungsbauprogramm als Strategie haben, um sowohl die Unterbringung von Flüchtlingen, aber auch das Wohnen aller anderen gut zu ermöglichen. Darüber hinaus haben wir eine Lage, in der wir das Ziel, dass es eine ausgewogene Wohnungsnachfrage und ein ausgewogenes Wohnungsangebot gibt, noch nicht erreicht haben. Denn die Städte sind attraktiv, sie haben schon in den letzten Jahren einen Trend zur Urbanisierung erlebt, dass viele Leute in die großen Städte drängen. Deswegen sind wir noch nicht am Ziel. Es ist immer noch schwierig, eine freie, vor allem eine bezahlbare freie Wohnung zu finden, und deswegen setzen wir unser Wohnungsbauprogramm und auch die Schaffung günstigen Wohnraums fort.

Schulz: Sie haben das Thema Arbeitsperspektiven für die Menschen, für die Geflüchteten schon angesprochen. Da ist eine ganz wichtige Voraussetzung, dass die Menschen gut Deutsch sprechen. Wie viele Plätze für Sprachkurse, für Deutschkurse sind denn schon eingerichtet in Hamburg?

Tschentscher: Jedenfalls so viele, wie wir derzeit als Nachfrage brauchen. Es gibt ja auch das Angebot des Bundes, dass Sprachprogramme des Bundes jetzt mit in Anspruch genommen werden können. Wir arbeiten ja an allen Stellschrauben gleichzeitig. Wir versuchen, die Kinder und die jungen Menschen möglichst früh in die Betreuung einer Kita oder auch in die Schule zu bringen. Aber natürlich ist der Sprachkurs und ist das Erlernen der deutschen Sprache eine ganz wichtige Integrationsvoraussetzung. Und im Laufe der Zeit, wenn die jungen Menschen erst in der Kita, in der Schule sind, wenn die Erwachsenen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können, dann kommt diese Sprachkompetenz ja ein Stück weit mit dazu. Insofern gibt es offizielle Sprachangebote, aber es gibt auch durch die praktische Integration dann die Möglichkeit, Deutsch zu lernen.

Schulz: Auch da noch mal die Nachfrage. Sie sagen jetzt, Sie haben ausreichend Plätze zum Deutsch lernen, Sie haben so viele, wie Sie brauchen. Woher können Sie das so genau sagen, wenn Sie die Zahlen nicht benennen können?

Tschentscher: Ich sage nicht, dass wir genug haben. Ich kann Ihnen die Zahl jetzt auch ad hoc nicht sagen, weil das ja ein von Tag zu Tag laufender Prozess der Integration ist. Wir sind in einer völlig neuen Lage. Wir haben über Nacht plötzlich eine völlig neue Flüchtlingsentwicklung gehabt mit tausenden Menschen, die in einer kürzeren Zeit zu uns gekommen sind als in den Flüchtlingsjahren 2015 und 2016. Und wir bauen alles auf, was nötig ist, um die Menschen gut zu versorgen und ihnen auch eine Unterkunft zu bieten. Das sind Prozesse, an denen sich alle Behörden beteiligen, an denen sich jetzt auch der Bund beteiligt, aber das ist nichts, was man stichtagsmäßig genau auszählen kann. Unsere Strategie ist, die Menschen ankommen zu lassen, zunächst einmal auch den Kindern und den Familien Zeit zu geben, sich an den neuen Ort zu gewöhnen. Und dann geht es Schritt für Schritt in der Kinderbetreuung, in der Schulausbildung und auch in der Sprachbildung weiter. Da ist viel zu tun. Nichts kann von einem Tag auf den anderen perfekt auf die Beine gestellt werden. Aber es gibt eine gute Strategie in Hamburg, die Flüchtlinge, die zu uns kommen, aufzunehmen, sie gut zu integrieren - und dazu gehört eben auch die Sprachintegration.

Schulz: Schule und Kitas haben Sie gerade schon angesprochen. Da gibt es jetzt ja auch massive Finanzhilfen vom Bund. Wir wussten aber auch schon vor dieser Einigung und auch schon vor dem Ukraine-Krieg, dass es teilweise gar nicht unbedingt am Geld fehlt, sondern auch am Personal. Was ist jetzt Ihre Antwort darauf?

Tschentscher: Die Antwort lautet, dass auch hier an allen Aufgaben gearbeitet wird. Es werden zusätzliche Lehrkräfte eingestellt, übrigens auch Ukrainerinnen und Ukrainer, die als ausgebildetes Personal zu uns gekommen sind. Und es gibt, so wie wir es auch in den früheren Jahren gemacht haben, Vorbereitungsklassen, erste Klassen, in denen in den Flüchtlingsunterkünften schon Bildungsangebote gemacht werden. Das alles wird in enger Rückkopplung mit den ukrainischen Hilfsbemühungen hier vor Ort organisiert, so dass wir einen Weg haben, möglichst allen jungen Menschen im schulpflichtigen Alter dann auch ein Schulangebot zu machen. Das ist etwas, was zusätzlich passiert. Es bedeutet ja auch, dass weiteres Personal gebraucht wird in den Schulen und in den Flüchtlingsunterkünften, und auch dort arbeiten wir an den Aufgaben. Und es geht voran, auch, um das noch mal zu sagen, wenn wir wissen, dass man nicht von einem Tag auf den anderen alle Angebote optimal schon zur Verfügung hat.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.